



REPUBLIC ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES  
1014 WIEN, Postfach 100

7 /ABM

1996 -12- 0 9

zu 56 /M

Bei Beantwortung bitte angeben

Zahl: 94.500/119-IV/11/c/96

DVR: 0000051

Wien, am 3. Dezember 1996

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

Die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Helene Partik-Pablé hat am 28. Oktober 1996 unter der Nr. 56/M an mich eine mündliche Anfrage gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

"Wie können Sie trotz beabsichtigter Schließung von ca. 18 Polizeiwachzimmern alleine in Wien die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten, zumal durch diese Schließung sogar ganze Wohnviertel zu 'polizeifreien' Zonen würden?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Im Zuge der Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Brader und Kollegen, Nr. 589/J, habe ich unter anderem ausgeführt, daß mein Bemühen darauf ausgerichtet ist, die Qualität des Sicherheitsdienstes aufrecht zu erhalten und mit den vorhandenen Mitteln ein Optimum an Exekutivdienst zu gewährleisten. Naturgemäß führt dies zur Prüfung und erforderlichenfalls Anpassung interner Gepflogenheiten und Strukturen. Diese Maßnahmen sind mit einem Freisetzen von Innendienstkapazitäten für den Außendienst verbunden und somit durch die verbesserte Möglichkeit zu präventivem Tätigwerden weit eher geeignet, Sicherheit zu vermitteln, als Wartedienste auf der Dienststelle zur Entgegennahme von Anzeigen über bereits im Gang befindliche oder überhaupt schon abgelaufene Vorfälle.

Diese Antwort hat grundsätzlich auch für die nunmehrige Anfrage Gültigkeit.

Darüber hinaus steht fest, daß - wie bei der Bundesgendarmerie bereits erfolgt - auch bei der Bundespolizei Strukturmaßnahmen unerlässlich sind. Diese Maßnahmen schließen auch die Prüfung einzelner Wachzimmerstandorte mit ein. Entsprechende Konzepte liegen aber noch nicht vor. Ich muß daher auch die Behauptung, wonach 'ganze Wohnviertel zu polizeifreien Zonen würden' mit Entschiedenheit zurückweisen.